

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1902

14.1.1902 (No. 13)

Karlsruher Zeitung.

Dienstag, 14. Januar.

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Vorauszahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pf. Briefe und Gelder frei.
Unverlangte Drucksachen und Korrespondenzen jeder Art, sowie Rezensionsexemplare werden nicht zurückgeschickt und übernimmt der Verlag dadurch keine Verantwortung. — Der Abdruck unserer Originalartikel und Berichte ist nur mit Quellenangabe — „Karlsruh. Ztg.“ — gestattet.

Nr. 13.

1902.

Amtlicher Theil.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben sich unter dem 31. Dezember v. J. gnädigt bewegen gefunden, dem Rechtsanwalt Berthold Baumgart in Karlsruhe das Ritterkreuz höchsten Ordens Berthold des Ersten zu verleihen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben sich unter dem 13. Januar d. J. gnädigt bewegen gefunden, dem königlich preussischen General der Kavallerie von Bülow Generaladjutanten Seiner Majestät des Kaisers und Königs und kommandirenden General des 14. Armeekorps den Hausorden der Treue zu verleihen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unterm 9. d. M. gnädigt geruht, den Vorstand der Rechnungsabtheilung der Generaldirektion der Staatseisenbahnen, Geheimrath III. Klasse Hugo Schneider, zum Geheimen Rath II. Klasse zu ernennen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben sich gnädigt bewegen gefunden, dem Sattelmacher Bernhard Herm in Karlsruhe die unterthänigst nachgesuchte Erlaubnis zu Annahme und zum Tragen der ihm von Seiner Majestät dem König von Schweden und Norwegen verliehenen goldenen Verdienstmedaille mit der königlichen Krone zu erteilen.

Nicht-Amtlicher Theil.

Parte- und Staatspolitik.

— Stuttgart, 11. Januar.

Der Landesversammlung der Volkspartei am Dreikönigstag gab der Eröffnungsvorrede Abg. Geller die zutreffende Kennzeichnung mit der Bemerkung, es müsse ein neuer Aufschwung in die Thätigkeit der Partei kommen. Darauf war in der That die Versammlung und waren ihre Resolutionen ausgerichtet: ein neuer Anlauf und Vorstoß, erhöhte Aktivität auf allen Gebieten der Landespolitik. Diese Aktivität äußerte sich zunächst in Ausfällen gegenüber den übrigen Parteien, mit Ausnahme der Sozialdemokratie, die das Zeugnis einer „zuverlässigen“, wenn auch manchmal groben und händel-süchtigen Bundesgenossin erhielt. Insbesondere aber führte der Generalredner über die Landespolitik, Abg. C. Hausmann, lebhafteste Klage über die Regierung, die der Initiative bar sei und zu den Reformen beständig „geschoben“ werden müsse. Diese Klage ist begreiflich bei einem Affektpolitiker wie Herrn Hausmann: für ihn sind die Reformen „reif“ und müssen jedem in den Schoß fallen, der nur den Baum kräftig schütteln will. Er hat aus den Erfahrungen der letzten sechs Jahre nichts gelernt; wo reale Widerstände vorliegen, sieht er nur den Mangel an Energie, wenn nicht gar an gutem Willen. Und doch ist erfahrungsgemäß nichts schwerer, als geschicktere Reformen alsbald wieder auf die Beine zu bringen. Das zeigt sich am klarsten an den Schwierigkeiten, die gerade der Abg. Hausmann und seine Freunde der neu eingebrachten Steuerreform wieder entgegenstellen. Daß diese in der That reife, ja überreife Reform, die sich in Sachsen, in Baden, in Preußen, in Hessen zum Theil schon vor Jahrzehnten ohne großen Anstand vollzogen hat, in Württemberg auf solche Schwierigkeiten stößt, ist zwar einer Reihe widriger Umstände zuzuschreiben; eine Hauptursache aber liegt doch darin, daß die führende Partei des Landtags bei diesem Werke mehr an sich, als an die Sache denkt. Auch jetzt wieder ist auf der Landesversammlung die Parole ausgegeben worden: wenn es nicht nach unserem Kopfe geht, dann mögen die anderen sehen, wie sie ohne uns fertig werden. In der Politik kann man aber nicht „verwöhntes Kind“ spielen; man muß Opfer bringen, um das Wesentliche zu verwirklichen, und darauf vertrauen, daß ein gutes Prinzip ganz von selbst fortwirkt und dem Werke schließlich die Vollendung schafft, die auf den ersten Anlauf hin nicht zu erreichen ist. Möchte die Volkspartei gerade bei den Steuergesetzen weniger an der Regierung als an der Reform selbst „schieben“; dort ist es notwendig, alle Hände anzulegen. Bei der Verwaltungsreform beklagt sich Herr Hausmann über die Verzögerung ihrer Einbringung. Nun kann aber nach den mehrfachen Darlegungen, die der Minister des Innern in der Kammer gegeben hat, gar kein Zweifel sein, daß der Entwurf ausgearbeitet ist, daß

er vor der Thüre steht und nur darauf wartet, bis die Kammer mit ihrer übrigen Arbeit einigermaßen ausgeräumt hat. Noch steht die Steuerkommission in den ersten Anfängen ihrer umfangreichen und langwierigen Aufgabe: was anderes als eine abermalige Zersplitterung der Kräfte wäre da von einer verfrühten Einbringung der Gemeindeordnung zu erwarten gewesen? Zwei Entwürfe sind bereits auf diesem Gebiete gescheitert; gelingt der dritte Wurf wieder nicht, so steht man auch hier wie bei der Steuerreform vor vollkommener Stagnation und man sollte es daher nur begrüßen, wenn dem neuen Entwurf inhaltlich wie bezüglich des geeigneten Zeitpunkts seiner Einbringung sorgfältigste Prüfung zu Theil wird. Was endlich die Verfassungsreform betrifft, die schon die Thronrede mit gutem Bedacht in die letzte Reihe gestellt hat, so kann man sich ja auch bei der Volkspartei nicht verhehlen, daß eben bei dieser Frage die Schwierigkeiten noch weit größer sind, als bei den beiden andern. Die Landesversammlung selbst hat davon ein unfreiwilliges Zeugnis gegeben durch eine diplomatische Resolution, aus der niemand klug wird. Die Ermächtigung an die Landtagsfraktion: „bezüglich der Zusammenfassung des Herrenhauses jeglicher Lösung zuzustimmen, die die Entfernung der Privilegirten aus der Zweiten Kammer verbürgt“, kann ebensogut ein Zusammenvorfieren mit dem Centrum als gegen das Centrum bedeuten. Man glaubt zwei Eichen in's Feuer gelegt zu haben, weiß aber selbst nicht, welches von beiden man zuerst zu schmelzen versuchen soll. Der ganze Gedanke, der der Resolution zu Grunde liegt, — die „reine Volkskammer“ zu ertragen um jeden Preis, ob auch die Zukunft des Landes noch so sehr dadurch prägraviert würde — ist ein unmöglicher und verbirgt nur die Rathlosigkeit, mit der die Volkspartei selbst dem schweren Problem gegenüber steht. Um so mehr sollte sie in ihrem Urtheil gegen andere, die zunächst auch noch keinen Erfolg versprechenden Weg sehen, bescheidener und gerechter sein. — Ueber die Stellungnahme der Landesversammlung zur Eisenbahnarbeitspolitik haben wir unser Urtheil schon vorweg genommen. Nur eines sei noch gesagt: auf dem demokratischen Parteitag in Jülich in diesem Herbst ist das Wort gefallen, die Tarifreform sei „ein Bedürfnis für die Volkspartei“. Daran wird man lebhaft erinnert, wenn man sieht, wie eine Frage, die ihrer ganzen Natur nach sich der Entscheidung nach Parteiprinzipien entzieht, von einer großen Versammlung völlig kritiklos unter die Parteifahne genommen wird. Das Land aber wird kaum geneigt sein, der Fraktionspolitik zu lieb sich ein unabsehbares Risiko aufzuladen.

Aus Sachsen.

Rechtsfragen.

SRK. Dresden, 10. Januar.

Die gestrige Vorberatung der Ersten Kammer über den Entwurf eines Enteignungsgesetzes hat zu Erörterungen über juristische Fragen geführt, die auch außerhalb Sachsens interessieren dürften. Geh. Rath Dr. Bach wandte sich dagegen, daß das „allgemeine Wohl“ in der ursprünglichen Fassung der Vorlage in „öffentliches Interesse“ abgeändert worden sei. Das „allgemeine Wohl“ sei die *salus publica*; das „öffentliche Interesse“ der neuen Fassung dagegen sei viel weiter gehend. Wenn eine Zeitung begründet, ein Denkmal errichtet werden solle, so habe das öffentliche Interesse. Das liege nicht alles im öffentlichen Interesse! Schließlich alles, was nicht lediglich im privaten Interesse sei. Man habe nun wegen der neuen Fassung auf Reichs- und sächsische Landesgesetze hingewiesen. Diese Allegationen gingen aber fehl. Was das Einführungs-gesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch Art. 53 betreffe, so handle es sich da durchaus nicht bloß um Enteignungen, und hier werde auch der Ausdruck „öffentliches Interesse“ nicht dispositiv, sondern rein denuntiativ gebraucht, ebenso sei es mit Art. 9 desselben Gesetzes. In keiner Fassung finde sich das Wort „öffentliches Interesse“, ebensowenig in Enteignungsgesetzen, dagegen öfter die Ausdrücke „allgemeiner Staatszweck“, „öffentlicher Zweck“, „öffentlicher Nutzen“ u. a. Die sächsische Verfassung spreche vom „Staatszweck“. Sei der Ausdruck „öffentliches Interesse“ weiter als Staatszweck, so sei die neue Fassung unmöglich. Der Ausdruck „Staatszweck“ sei auch sehr weit; es könnten z. B. Zwecke der bloßen Annehmlichkeit nicht zur Enteignung führen, sondern nur die *utilitas*, das, was dem gemeinen Besten diene.

(Mit einer Beilage.)

Dieser Auffassung trat zunächst Oberbürgermeister Bedt entgegen. Er gebe zwar zu, daß, wenn man soweit gehe wie Geh. Rath Bach und an die Errichtung einer Zeitung oder eines Zeitungskiosks denke, die Sache von großem Bedenken sei, aber der Begriff des „öffentlichen Interesses“ habe durch die Judikatur eine Begrenzung gefunden, über die ein verständiger Richter nicht hinausgehen werde, so daß es nicht so gefährlich sei, mit diesem Begriff zu operiren.

Geh. Rath Oberbürgermeister a. D. Georgi erklärte, es sei wahr, daß der Ausdruck „öffentliches Interesse“ zu Mißverständnissen und Mißbräuchen Anlaß geben könne. Der Rechtslehrer Meyer setze voraus, daß das Subjekt, für das die Enteignung stattfindet, stets ein öffentlich-rechtlicher Verband, Staat, Bezirk, Gemeinde sein müsse. Es sei allerdings historisch nicht richtig, daß der Ausdruck der sächsischen Verfassung „zu Staatszwecken“ im engen Sinne aufgefaßt worden sei. Er erinnere nur an die Enteignungen im Bergbau. Ob man einen geeigneteren Ausdruck finden solle, sei reiflich zu überlegen. Oberbürgermeister Dr. Schröder rechtfertigt die neue Fassung als Ergebnis eingehender Beratungen der Zwischendeputation. Bei ihren Verhandlungen sei ausdrücklich festgestellt worden, was zum Begriffe des öffentlichen Rechts gehöre, und außerdem gehe aus dem Protokoll hervor, daß die Zwischendeputation nur in einer gewissen Nothlage die jetzige Fassung gewählt und die alte Fassung verlassen habe. Es werde keine Schwierigkeit haben, die alte Fassung („allgemeines Wohl“) unter Umständen wiederherzustellen.

Mit bemerkenswerther Entschiedenheit wandte sich sodann der Justizminister Dr. Küger gegen die von Geh. Rath Dr. Bach aufgestellte Behauptung, daß eines Tages ein sächsisches oberstes oder das Reichsgericht erklären könnte, das Gesetz stimme nicht überein mit der Verfassung und sei deshalb null und nichtig. Der Minister bestritt eine solche Möglichkeit; das Recht, das Herr Geh. Rath Dr. Bach dem Richter vindizieren möchte, und das er folgerechterweise keiner andern Behörde würde vorenthalten können, existire nicht. Der Richter habe zwar nach den Grundföhen unseres Staatsrechts das formell richtige Zustandekommen des Gesetzes zu prüfen, die Frage aber, ob der Inhalt des Gesetzes mit dem Grundgesetz des Staates im Einklang stehe, sei seiner Kognition entzogen. Und weiter äußerte sich der Justizminister wörtlich folgendermaßen: „Ob ein Gesetz der Verfassung des Landes entspricht, das ist nach unserem Recht zu prüfen von den gesetzgebenden Faktoren. Haben die gesetzgebenden Faktoren nach dieser Richtung hin gesprochen, so ist es weder Sache des Richters noch Sache irgend einer einzelnen ausführenden Behörde, darüber nochmals zu kognosziren. So ist es bisher bei uns in Sachsen gehalten worden, und ich glaube, die Rechtspflege hat ein dringendes Interesse daran, dies zu konstatiren und zugleich den Wunsch zu konstatiren, daß dieser Grundsatz nicht in Frage gestellt werde.“ Geh. Rath Dr. Bach hielt seine Befürchtung aufrecht, ebenso seine Auffassung vom „öffentlichen Interesse“. Der Begriff des „öffentlichen Interesses“ schwankte in der Literatur noch hin und her und scheine ihm zu unsicher, um darauf eine wichtige Gesetzesbestimmung zu fußen. Die Vorlage ging schließlich an die Gesetzgebungsdeputation und wird unzweifelhaft vom Plenum angenommen werden.

Finanzielle Rundschau.

—o— Frankfurt, 11. Januar.

Die Londoner Nachricht von dem Bevorstehen einer großen Transvaal-Anleihe und die wieder etwas matteren New-Yorker Kurse haben an den Westbörsen die Tendenz etwas geschwächt. Die Strömung des deutschen Marktes blieb aber eine außerordentlich zuverlässige, und da das Publikum erfahrungsgemäß nur bei steigenden Kursen kauft, wird die Theilnahme am Börsengeschäft wieder eine größere als seit langer Zeit. Der Umschlag hat seine Hauptursache in der bedeutenden Verbilligung des Geldes, und in der That wird von allen europäischen Klagen ein Sinken des Privatbankens getrieben. Binnen wenigen Wochen werden die meisten Oesterreich-Ungarn vor der Aenderung stehen, daß sich sein offizieller Zinsfuß unter 4 Proz. stellt. Indem aber der landesübliche Zinsfuß auf ein niedrigeres Niveau herabgedrückt wird, kann es nicht ausbleiben, daß nach und nach eine vollkommene Umwerthung aller Werthe eintreten muß. Zugleich ist der Mangel an hinlänglicher Gelegenheit, um die disponiblen Mittel entsprechend nutzbringend zu verwerthen, die beste Bürgschaft dafür, daß neue Anleihen eine rasche Unterzucht finden. Und diese Verhältnisse ermutigen zugleich die Finanzgruppen, eine größere Unternehmungslust zu entfalten als bisher.

Über die in der Luft liegenden Neuanleihen des Reichs und Preußens kamen widersprechende Meldungen in Umlauf. Nach neueren Darstellungen darf aber angenommen werden, daß eine ziemlich große Anleihe herauskommen wird, da man zunächst noch weitere Kreditbewilligungen abwarten will, ehe man zu einer Emission schreitet. Es ist selbstverständlich, daß die neue Anleihe wieder den 3 Proz. Zins tragen wird. Sind einmal diese Neuanleihen vorüber, dann werden unsere heimischen Staatsfonds ohne Zweifel einem höheren Niveau zustreben, da die Verbilligung des Zinsfußes zunächst für längere Dauer zu erwarten ist. Auch die Wiener Kommunalanleihe wird in nicht allzu ferner Zeit an den Markt kommen, und es hat den Anschein, als würde für eine schnelle Durchführung dieser Operation ein ziemlich großer Apparat in Stand gesetzt werden, da man auch in Paris eine Subskriptionsstelle zu errichten gedenkt.

Bankaktien waren um so stürmischer begehrt, als man neben der Aussicht auf eine Reihe neuer Geschäfte den Umstand geltend macht, daß eine Reform des Börsengesetzes zu erwarten ist, und allem Anschein nach eine Ermäßigung der bestehenden Stempelsteuern. Der Reichskassenschatz hat der Thatfache, daß sich die Stempelsteuern trotz des prozentual höheren Satzes verringert haben, die in Nachkriegszeiten erkannte Folgerung zu ziehen, daß eine Reduktion der Stempelsteuern, ein Wiederaufschwung des Geschäftes notwendig sei, um aus dieser Steuerquelle durch vermehrten Umsatz einen erhöhten Ertrag zu ziehen. Es ist nur nicht einzusehen, warum die notwendige Reform nicht sofort eintreten soll, und daß man zunächst noch während eines oder zwei Jahren Erfahrungen sammeln soll.

Von den Banken wurden vor allem Disconto-Commandit, Deutsche Bank, Credit-Actien bevorzugt. Aber auch Dresdner, Darmstädter, Berliner Bank und eine Reihe von Kassabanken gingen beträchtlich in die Höhe.

Die Eisenbahnbörse, welche dem preussischen Landtage zugeht, scheint sich in bescheideneren Grenzen halten zu wollen, als man bisher erwartete. Immerhin wird die Industrie aus diesen Bestellungen willkommene Arbeitsgelegenheit erhoffen dürfen.

Weiter verdient darauf hingewiesen zu werden, daß der Pfandbriefabsatz der Hypothekensysteme wieder wesentlich flatter geht, so daß von dieser Seite eine Förderung der Bauwirtschaft zu erwarten ist. Es wird dies wesentlich dazu beitragen, um die wirtschaftliche Lage einer Befundung zuzuführen.

Das größte Aufsehen erregte die sprunghafte Steigerung der Gelsenkirchener Aktien, um welche sich ein ganzer Segentanz bildete. Man hält allgemein an der Ansicht fest, daß der preussische Staat Vermögensgegenstände zu erwerben gedenkt. Zunächst drehen sich die Verhandlungen wohl noch um unverbürdete Kohlenfelder, aber man glaubt annehmen zu dürfen, daß der Staat auch einen im Gang befindlichen Großbetrieb des westfälischen Kohlenreviers erwerben will, wenn ihm die Aktienmajorität von einer Finanzgruppe feil angetragen werden würde. Mit Gelsenkirchener Aktien sind auch die übrigen Kohlenpapiere, wie Harnpener, Sibernia wesentlich gestiegen, obwohl die Absatzverhältnisse im Kohlengeschäft gegenwärtig gerade keine glänzenden sind.

Auch auf dem übrigen Industriemarkt war Kaufneigung vorherrschend, und zwar in so ausgesprochenem Maße, daß die Kurse in bedenklicher Weise in die Höhe schossen. Es hat deshalb an Warnungen nicht gefehlt, die ohne Zweifel vorhanden keinen Besseren in der Lage der Industrie nicht durch überstürzte Käufe im Uebermaß zu eskompiren.

Besonders begünstigt wurden Elektrizitätsaktien, Cementaktien, Maschinenfabriken u. s. w. Auf dem Gebiete der Transportwerthe sind italienische Sorten, besonders Meridional als wesentlich niedriger zu nennen, weil man die Dividende der letzteren Gesellschaft ungünstig taxirt. Prince Henri hielt sich fest. Vorübergehend trat Kaufneigung für Südbahn-Aktien hervor. Heimische Transportwerthe lagen ebenfalls fest.

Stark bevorzugt wurden Schiffahrtsaktien. Unter den ausländischen Renten waren die hochverzinslichen Gattungen, wie Chinesen, Rumänien begehrt. Auch in Lürten und Portugiesen fand lebhaftes Geschäft statt, während Spanier wegen der misglückten Emission von Schahobligationen zurückwichen. Argentinier konnten wesentlich zugehen, nachdem die politischen Differenzen mit Chile endgültig beseitigt zu sein scheinen. Privatdiskont: 2½ Proz.

Nachstehend unsere gewohnte Tabelle:

	3. Jan.	10. Jan.
3½% Deutsche Reichsanleihe	101 15	101 50
3% Preussische Rentbriefe	90 90	90 50
3½% Preussische Rentbriefe	101 40	101 60
3% Badische Obl. abgestemmt seit	99 90	90 —
3½% Badische Obligationen	99 90	99 20
	90 80	90 15

Theater, Kunst und Wissenschaft.

(Großherzogliches Hoftheater.) Vor einer den Zuschauertraum des Hoftheaters bis auf den letzten Platz füllenden Hörerschaft ging gestern Abend „Zill Eulenspiegel“, Volksoper in zwei Akten und einem Nachspiel von E. R. von Reznicek hier zum ersten Mal in Szene. Schon bei der Erstaufführung seiner komischen Oper „Donna Diana“ im Jahre 1896, war durch die seine und geistvolle Musik, welche dem Werk zu ruhmvollem Erfolg verhalf, in der musikalischen Welt das größte Interesse für den hochbegabten Komponisten und auch für seine weitere künstlerische Strebsamkeit wachgerufen worden; nun aber hat derselbe mit diesem, seinem jüngsten Werk ein noch bedeutsameres, volltönendes Wort gesprochen, das ihm unter unsern Komponisten der Gegenwart als der ersten einen sicheren Grund und Boden erworben hat. Die Handlung des ersten Theiles ist einem im 15. Jahrhundert erschienenen Volksbuch entnommen und behandelt die jugendliche Zill Eulenspiegel's in den originellsten Episoden: Die von Gertrudis in Balladenform erzählte Historie von den neun Wunden, diejenigen von den Milchweibern, von den betrogenen Juden zu Frankfurt am Main, wie sich Eulenspiegel durch seine Schalkheit vom Hentertode rettete, wie er in Quendlinburg Hühner kaufte und der Bäuerin zum Pfand ihren eigenen Hahn zurückließ. Im zweiten Theil erscheint Zill im Mannesalter, als Werber um Gertrudis, nach seiner Rückkehr von der Verbannung und Wilsfahrt nach Rom, welcher letzteres Motiv der Komponist aus Charles de Costers „La légende et les aventures héroïques, joyeuses et glorieuses d'Ulenspiegel“, entnommen. Der durch die Verlegung der Zeit in das 16. Jahrhundert gezeichnete Hintergrund der Wauernerie ist hier auf's Trefflichste verwertet. Das Nachspiel bringt die Geschichte von der Heilung der Kranken im Spital zum heiligen Geist in Wölln, von seinem Testament und seinem Tode daselbst. Wir können es hier unterlassen, die dem Textbuch zugrunde gelegte Handlung nochmals genau zu detailliren, nachdem der Komponist selbst in seinem Vortrag im Schriftsteller- und Journalistenverein wie auch in einem jüngst in unserem Blatt erschienenen Aufsatz das zur Handlung verwertete Material so vortrefflich erläutert hat. Das Textbuch ist ganz vorzüglich

bearbeitet. Wahrhaft bewundernswürdig ist die geistreiche Erfindung und der köstlich sprudelnde Humor in der Charakteristik der Figuren Zills und des Ritters Uch von Ambleben in seinen drei Metamorphosen als laienlicher Landvogt, Raubritter und Spital-Superintendent. Die Figur des Doktor ist fleißig ausgearbeitet, wenn schon derselbe als guter Bekannter aus ähnlichen Fassungen des Neuen nicht viel zu sagen weiß. Als ein Meisterstück muß die ganz vorzüglich aufgebaute Gerichtsscene am Schluss der ersten Theilens bezeichnet werden, welche sehr gelungenen Einzelszenen (der Jude Jakob) an die Leistungsfähigkeit des Chores sehr lobnende Ansprüche stellt. Als Solopartien treten Zill und Gertrudis wirksam in der Vorrede und ihre Scenen sind mit ungemein reizvoller Poesie und Feinheit bedacht.

Die Musik rückt die Begabung des Komponisten für Dramatifikation, Romantikeri und virtuose Instrumentation in das glänzendste Licht. „Zill Eulenspiegel“ übertrifft seine Erfindungsoper „Donna Diana“ bei weitem an Mannigfaltigkeit origineller Erfindungen.

Eine bedeutsame Probe seiner Künstlerkraft bot der Komponist mit der in herlichem Orchesterklang prangenden, farbenprächtige symphonischen Dichtung „Wie Eulenspiegel lebte“. In der Titelrolle war Herr Bussard in Gesang und Spiel ganz vorzüglich. Frau Mottl kam die Frische und Noble, und die wahrhaft künstlerische Ausbildung ihrer Stimme für die großen Anforderungen dieser schweren Partie sehr zu Gunsten, sie spielte dieselbe auch ausgezeichnet, und entzückte besonders im ersten Theil durch die kindlich naive Art der Auffassung. In der Wiedergabe des Uch von Ambleben fand Herr Keller ein weites Feld zur Entfaltung seiner großen, langstimmigen. Wirklich überraschend hat uns Herr Pauli in seinen Partien des Juden. Die Leistung war über Erwarten gediegen. Auch Fräulein Tomisch als „alte Wibelen“ und Fräulein Müller als „alte Wibelen“ verdienen besondere Erwähnung. Der Chor entfaltet in den komplizierten Chorpartien eine erstaunliche Sicherheit und Schlagfertigkeit im Ausdrucks- und Herr Generalmusikdirektor Mottl hatte das von Schwierigkeiten strotzende Werk mit größter Sorgfalt und Gewissen-

Staat Rio Grande do Sul für die deutsche Einwanderung bestanden: Die einzelnen Kolonie-Grundstücke haben einen Flächeninhalt von ungefähr 25 ha. In jeder Kolonie bleiben 300 ha zur Gründung eines Stadtplatzes reservirt. Ebenso werden Grundstücke für Schulen und öffentliche Gebäude zurückbehalten. In jeder Kolonie soll eine landwirtschaftliche Versuchsanstalt gebildet werden. Die den Einwanderern gewährten Bergünstigungen sind die folgenden:

1. Freier Transport von der Hafenstadt Rio Grande do Sul bis zum Bestimmungsort (aber nicht Verpflegung in Rio Grande do Sul).
 2. Unterkunft und Verpflegung in Porto Alegre bis zu 10 Tagen.
 3. Unterkunft und Verpflegung am Bestimmungsort für 8 Tage; im Falle von Krankheit oder höherer Gewalt länger.
 4. Freie Wahl des Grundstücks seitens des Einwanderers.
 5. Lieferung von Spaten, Schaufel, Hade, Weil, Waldmesser, Hammer und Nägel im Gesamtwert von 30 Mkreis (heute 20 Mk.), mit welcher Summe der Einwanderer belastet wird.
 6. Während der ersten 6 Monate Lohnarbeit an Wegen gegen 500 Mkreis für den laufenden Meter, jedoch nicht mehr als 125 Mkreis für die Familie.
- Im Falle der Noth sollen Nahrungsmittel, Medikamente und andere Hilfsmittel gewährt werden. Der Preis der ländlichen Grundstücke soll nicht weniger als 1 Real (1/10 Pf.) für den Quadratmeter betragen. Einer Familie soll in der Regel nicht mehr als ein Grundstück (von 25 ha) zugewiesen werden, ausgenommen, wenn sie mehr als 10 Köpfe stark ist. Großjährige, verheiratete Söhne haben Anspruch auf ein eigenes Grundstück. Grundstücke, die zum Ackerbau untauglich sind, werden nur an Viehhändler abgegeben. Die Kolonisten haben ihre Schulden für Land und Unterzahlungen nach fünf Jahren zu bezahlen. Zahlen sie im zweiten Jahre, so erhalten sie 12 Proz. Rabatt. Bei Nichtzahlung werden im sechsten Jahre 20 Proz., im siebenten 30 Proz. der Schuldsumme zugerechnet. Der Einwanderer hat die Verpflichtung, das ihm überwiesene Grundstück zu kultiviren und auf ihm zu wohnen. Innerhalb neunzig Tagen muß er die Vorbereitungen zur Bepflanzung und zur Errichtung eines Hauses getroffen haben. Ist dies geschehen, erhält er einen provisorischen Besitztitel; nach Bezahlung des Kaufpreises und der gewährten Unterzahlungen den definitiven Titel. Bis dahin bleibt das Grundstück dem Staate hypothekirt und kann nicht veräußert werden. Diese Bestimmungen können als sachgemäß bezeichnet werden und ermöglichen es auch, dem ganz mittellosen Einwanderer, Grundbesitzer zu werden. Die 125 Mkreis baar, die er während der ersten 6 Monate verdienen kann, setzen ihn in den Stand, Vieh zu erwerben, während er für seinen Lebensunterhalt beim Kaufmann Kredit hat, sofern er sich als ein fleißiger Arbeiter erweist.

Postpakete ohne Werthangabe bis 5 kg nach Lourenco Marques (portug. Mosambique) können fortan zur Abfertigung gelangen. Das Porto für ein Postpaket beträgt 2 M. 60 Pf., mit der Ermäßigung auf 1 M. 30 Pf. für Pakete bis 1 kg; die Leitung der Sendungen erfolgt über Hamburg und mit Schiffen der Deutschen Ostasien-Linie. Über die weiteren Bedingungen ertheilen die Postanstalten Auskunft.

Von jetzt ab werden Postpakete nach allen Postorten Japans zur Postbeförderung zugelassen; bisher ist der Postpachtdienst auf die 52 wichtigsten Orte beschränkt gewesen.

Bei der Landesversicherungsanstalt Baden sind im Monat Dezember 1901 490 Rentengesuche (39 Alters- und 451 Invaliden-) beim Krankentenenamt eingereicht und 430 Renten (29 + 388 + 13) bewilligt worden. Es wurden 44 Gestulte (6 + 38) abgelehnt, 215 (11 + 204) blieben unerledigt. Außerdem wurden im schiedsgerichtlichen Verfahren 1 Alters- und 3 Invalidentrenten für 1901 bewilligt. Bis Ende Dezember 1901 sind im ganzen 31161 Renten (8278 Alters-, 22470 Invaliden- und 413 Krankentenen-) bewilligt bzw. zuerkannt worden. Davon kamen wieder in Bezug auf: 13580 (4449 + 8886 + 275),

Postpakete ohne Werthangabe bis 5 kg nach Lourenco Marques (portug. Mosambique) können fortan zur Abfertigung gelangen. Das Porto für ein Postpaket beträgt 2 M. 60 Pf., mit der Ermäßigung auf 1 M. 30 Pf. für Pakete bis 1 kg; die Leitung der Sendungen erfolgt über Hamburg und mit Schiffen der Deutschen Ostasien-Linie. Über die weiteren Bedingungen ertheilen die Postanstalten Auskunft.

Von jetzt ab werden Postpakete nach allen Postorten Japans zur Postbeförderung zugelassen; bisher ist der Postpachtdienst auf die 52 wichtigsten Orte beschränkt gewesen.

Bei der Landesversicherungsanstalt Baden sind im Monat Dezember 1901 490 Rentengesuche (39 Alters- und 451 Invaliden-) beim Krankentenenamt eingereicht und 430 Renten (29 + 388 + 13) bewilligt worden. Es wurden 44 Gestulte (6 + 38) abgelehnt, 215 (11 + 204) blieben unerledigt. Außerdem wurden im schiedsgerichtlichen Verfahren 1 Alters- und 3 Invalidentrenten für 1901 bewilligt. Bis Ende Dezember 1901 sind im ganzen 31161 Renten (8278 Alters-, 22470 Invaliden- und 413 Krankentenen-) bewilligt bzw. zuerkannt worden. Davon kamen wieder in Bezug auf: 13580 (4449 + 8886 + 275),

Postpakete ohne Werthangabe bis 5 kg nach Lourenco Marques (portug. Mosambique) können fortan zur Abfertigung gelangen. Das Porto für ein Postpaket beträgt 2 M. 60 Pf., mit der Ermäßigung auf 1 M. 30 Pf. für Pakete bis 1 kg; die Leitung der Sendungen erfolgt über Hamburg und mit Schiffen der Deutschen Ostasien-Linie. Über die weiteren Bedingungen ertheilen die Postanstalten Auskunft.

(In nächsten Abonnementskonzert) des Hoforchesters (15. Januar) wird Hofkapellmeister Richard Strauß, nebst seinem „Eulenspiegel“, auch sein für Karlsruhe neues Werk „Heldenleben“ persönlich dirigiren. Man mag sich zu den allerersten mit größtem Interesse aufgenommenen Werken von Richard Strauß stellen, wie man immer mag, zustimmend oder ablehnend, jedenfalls ist es von größtem Interesse, diese Werke im Sinne des Komponisten, von ihm selbst geleitet, kennen zu lernen. Außerdem sei dringend auf die Erklärungschrift von M. Köchel zum „Heldenleben“, welche in den Musikalienhandlungen von Bock und Schuch zu erhalten ist, aufmerksam gemacht. Als zweite Nummer dieses interessanten Konzertes wird Eugen d'Albert, über welchen ein Wort zu sagen unnötig ist, das Es-dur-Konzert von Beethoven vortragen.

Großherzogliches Hoftheater.

Im Hoftheater Karlsruhe. Dienstag, 14. Jan. Abth. B. 31. Ab.-Vorst. (Mittelpreise.) „Orpheus und Eurydike“, Oper in 3 Akten von Gluck. Anfang 7 Uhr, Ende gegen 10 Uhr.

Donnerstag, 16. Jan. Abth. C. 32. Ab.-Vorst. (Mittelpreise.) Zum ersten Mal wiederholt: „Zill Eulenspiegel“, Volksoper in zwei Akten und einem Nachspiel. Frei nach Johann Risthart's „Eulenspiegel Reimensweis“ von E. R. v. Reznicek. Anfang halb 7 Uhr, Ende nach 10 Uhr.

Im Theater in Baden. Mittwoch, 15. Jan. 16. Ab.-Vorst. „Die verkaufte Braut“, ein Märchendrama in 5 Akten von Gerhart Hauptmann. Anfang 6 Uhr, Ende gegen halb 10 Uhr.

Eintrittsgeld wird nicht erhoben. Saemann ist freundlichst eingeladen.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

* Frankfurt, 13. Jan. Auch für die nächsten Tage sind von der Polizei die strengsten Vorkehrungen getroffen, um weitere Straßendemonstrationen zu verhindern.

* Wilhelmshafen, 13. Jan. Die Kaiserliche Yacht „Hohenzollern“ tritt am nächsten Sonnabend die Reise nach Amerika an. An der Fahrt nimmt das Musikkorps der 2. Matrosendivision teil.

* Et. Etienne, 13. Jan. Waldeck-Rousseau hielt bei dem Banquet, welches ihm die Republikaner des Departements Loire gaben, eine Rede, worin er auf die durch die Agitation der Nationalisten hervorgerufene unsichere Lage bei dem Amtsantritt des gegenwärtigen Ministeriums hinwies. Die gegenwärtigen Minister, unter denen alle republikanischen Parteien vertreten seien, wären gemeinsam thätig gewesen, ohne daß seit bald drei Jahren eine einzige Meinungsverschiedenheit ihre Aktion lähmte. Der Ministerpräsident zählte die seither genehmigten Gesetze auf und fuhr fort: Die nationale Verteidigung sei auf vernünftiger Grundlage organisiert durch ein Programm der Verteidigung der Küsten und Häfen, der allmählichen Umbildung der Kriegsmarine und der Verteidigung der Kolonien. Das energische Vorgehen in China habe dem französischen Einfluß ein neues Gewicht gegeben. Die Anwesenheit des italienischen Geschwaders in Toulon habe gezeigt, daß die Regierung verteilte Sympathien einzuflößen. Die Anwesenheit des Kaisers von Rußland habe das Bündnis Frankreichs befestigt. Der Ministerpräsident schloß: Das 20. Jahrhundert sei entstanden auf den für immer zerfallenen Trümmern des Königtums und des Kaiserreichs. Die französische Demokratie bereite sich vor, ein Strafgericht abzuhalten über die grobe Nachahmung des wahren Patriotismus und über den Geist der Revolution.

* Et. Etienne, 13. Jan. Handelsminister Millerand hielt bei dem Empfang der hiesigen Sektion des republikanischen Comité für Handel und Industrie eine Ansprache. In der er das gleiche als vom Geiste des Fortschritts erfüllt bezeichnete und es beklügte, daß es sich mit den Arbeitgebern in Einvernehmen setzte, um die Streitigkeiten mit den Arbeitern in liberaler großzügiger Weise beizulegen.

* Paris, 13. Jan. Wie übereinstimmend berichtet wird, tief die Rede Waldeck-Rousseaus einen sehr guten Eindruck hervor. Der „Figaro“ sagt, niemals habe der Chef einer Regierung eine klarere Sprache geführt. Man wisse nun zum Mindesten, woran man sich zu halten habe. Die Wähler werden ihre Stimmen in voller Kenntnis der Sachlage abgeben können. Diese Rede habe keinen Platz für Kompromisse gelassen und die Parteienbündnisse, auf denen das gegenwärtige Ministerium bei seinem Anfange beruhte, ständen geschlossen und fest aufrecht.

* London, 13. Jan. Der „Standard“ meldet aus New-York: Seine königliche Hoheit Prinz Heinrich wird hier als Gast des Präsidenten im weißen Hause empfangen werden. Die „Hohenzollern“ wird mit dem bei dem Empfange von Souveränen üblichen Präzidenten-Salut begrüßt werden.

* New-York, 13. Jan. Eine Depesche aus Wilmstadt zufolge kam es im Staate Bamara (Benizuela) zu einem Aufstand.

* Valparaiso, 13. Jan. Der Kontrahent sah seine Zustimmung zu einer Anleihe von 2 1/2 Millionen Pfund.

* St. Petersburg, 12. Jan. (Telegr.) Bei dem Brande eines Holzhauses kamen in der letzten Nacht 12 Menschen ums Leben. 20 Personen erlitten Brandwunden.

Wetterbericht des Meteorologischen Instituts vom 13. Jan. 1902.

Mitteleuropa liegt heute unter der Beschleunigung eines Nordwesteuropas bedeckenden Hochdruckgebietes und einer ziemlich tiefen über der mittleren Ostsee gelegenen Depression, das Wetter ist deshalb trüb und bei Temperaturen, welche nur wenig über dem Gefrierpunkt liegen, zu Regen- und Schneefällen geneigt. In der Ostsee wehen hürnische Nordwestwinde. Weiteres Verhalten des herrschenden Witterungscharakters ist zu erwarten.

Witterungsbeobachtungen der Meteorol. Station Karlsruhe.

Table with 7 columns: Datum, Barom., Therm., Wind, etc. Rows for Jan 11, 12, 13.

Verschiedenes.

* Hamburg, 13. Jan. Wie der „Hamburgische Korrespondent“ aus Konstantinopel meldet, sind von der Bajazet auf der Röhren-Route gestrandete Fischdampfer „Selkand“ sieben Personen ertrunken. Gerettet wurde der Kapitän Eisenhardt, der Steuermann und der Koch.

* Bielefeld, 13. Jan. (Telegr.) Der Dichter und ehemalige leitende Redakteur der „Rheinischen Zeitung“ Geh. Regierungsrat Kruse ist heute Nacht, 86 Jahre alt, hier gestorben.

* La Roche sur Yonne, 13. Jan. (Telegr.) In einem Dachzimmer der Frauenabteilung des Departements-Frenenhaus brach vorangige Nacht Feuer aus. Die 250 Kranken wurden sofort gerettet und in den Hof geführt. Am anderen Morgen setzte sich, daß 12 fehlten. Man glaubt, daß einige von ihnen bei einem Sturzversuche im roten Fluße ertrunken sind.

Am 25. Januar a. c., Nachmittags 4 Uhr, findet in Karlsruhe im Bureau der Bank, Schloßplatz 7, eine ausserordentliche Generalversammlung der

Süddeutschen Versicherungsbank

für Militärdienst- und Töchter-Aussteuer in Karlsruhe. Tagesordnung: Beschlussfassung über Umwandlung der Bank in eine neu zu gründende Aktiengesellschaft und Uebertragung sämtlicher Aktiven und Passiven an dieselbe. Versicherte, welche der General-Versammlung beizuwohnen beabsichtigen, erhalten bis zum 24. Januar Abends 6 Uhr gegen Vorzeigung der Police Einlaßkarten im Bureau der Bank. Karlsruhe, den 2. Januar 1902.

Der Aufsichtsrath.

Groß-Badische Staatseisenbahnen.

Für den Bau des zweiten Gleises der Strecke Immendingen-Singen soll die Lieferung und Aufstellung nachstehend verzeichneter neuen Brückenkonstruktionen sowie Abbruch und Uebernahme der in dem zweiten Verzeichnis aufgeführten alten Brückenkonstruktionen öffentlich vergeben werden.

Table with 5 columns: Brücke, Gewicht in kg, Eisen, Stahl, etc. Lists various bridge construction projects.

Table with 3 columns: Brücke, Gewicht in kg, Schmelzeisen, Gußeisen. Lists bridge construction projects.

Die Lieferungsbedingungen, welche nach auswärts nicht abgegeben werden, sowie die Pläne und Gewichtsverzeichnisse liegen auf meinem Bureau zur Einsicht auf. Durch Autographie vervielfältigte Zeichnungen und Gewichtsberechnungen werden, soweit der Vorrath reicht, auf Anforderung unter Nachnahme der Herstellungskosten (50 Pf. für eine Zeichnung und 10 Pf. für 1 Vogen Gewichtsberechnung) und des Postos abgegeben. Angebote sind zu stellen auf 100 kg fertig montirter Konstruktion und auf 100 kg der alten abzubrechenden und zu übernehmenden Konstruktion. Die Uebernahme der alten Konstruktion soll durch die gleiche Firma erfolgen, welche die betreffende neue Konstruktion liefert. Die Lieferung der Donaubrücke soll von den übrigen Brücken getrennt vergeben werden. Bei der Vergabe werden in erster Reihe diejenigen Bewerber berücksichtigt werden, welche sich ausdrücklich verpflichten, zusammengehörnde Theile und namentlich die Hauptträger der Brücken als zusammenhängendes Ganzes auf der Zulage zu bohren. Sämtliche Angebote haben deshalb eine diesbezügliche Erklärung zu enthalten. Angebote sind schriftlich und verschlossen mit der Aufschrift: „Lieferung von Eisenkonstruktionen“ versehen längstens bis 23. Januar d. J., Vormittags 11 Uhr, zu welcher Zeit die Bedingungenverhandlung stattfindet, kostenfrei bei mir einzureichen. Zuschlagfrist 4 Wochen. P517.2 Singen, den 8. Januar 1902. Der Großh. Bahnbauinspektor.

Die Gartenlaube beginnt ihren Jubiläums-Jahrgang mit dem heilenden Roman „Sette Oldenroths Liebe“ von W. Heimbürg und der ergreifenden Novelle „Sommerieele“ von Helene Böhlau. Abonnementspreis vierteljährlich (13 Nummern) 2 Mark. Zu beziehen durch die Buchhandlungen und Poßämter.

Badischer Kunstverein.

Zur Einfindung von Kupferstichen und Radirungen für das Vereinsblatt dieses Jahres wurde als Termin der erste März 1902 festgesetzt.

Handschuhe, Cravatten, Hosenträger, Regenschirme. Anerkann vorzügl. Qualitäten, empfehlen Ludwig Oehl Nachfolger, Karlsruhe, Kaiserstrasse 116.

an den Gemeindeführer zu verabsolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Bestige der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgesonderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 5. Februar 1902 Anzeige zu machen. Pforzheim, den 11. Januar 1902. Der Gerichtsschreiber Dr. Amtsgerichts. Pforzheim.

Thurmuhre. Die Lieferung einer neuen Thurmuhre für die Kirche in Todmoos schreiben wir zur Submiffion aus. Die Lieferungsbedingungen sind vom 15. ds. Mts. an bei uns einzusehen; bis spätestens Freitag, den 7. Februar d. J. sind die Angebote schriftlich, vollständig verschlossen und portofrei uns einzureichen; an diesem Tage findet Nachmittags 3 Uhr die Öffnung der Angebote statt. P587.1 Die Zuschlagsfrist beträgt 4 Wochen. Waldshut, den 10. Januar 1902. Großh. Bezirks-Bauinspektion: Bager.

Kohlen- u. Kottelieferung. Die Lieferung von 800000 Kilo halbfette Stückkohle für den Betrieb des Großh. Hofelektrizitäts-Werkes und von 150000 Kilo la Ruhr-Definationskohle für die Heizungen im Erbprinz-Bauhof des Palais und in der Großh. Kunsthalle hier pro 1902/03 soll im Wege schriftlichen Angebots vergeben werden. Die Lieferungsbedingungen können bei dem Maschinenmeister des Hofelektrizitäts-Werkes eingesehen werden. Die Angebote sind verschlossen, kostenfrei und mit der Aufschrift: „Kohlen- und Kottelieferung“ versehen bis Samstag, den 25. Januar d. J., Abends 5 Uhr bei unterzeichneter Stelle (Zirkel 1 E) einzureichen. P495.2 Karlsruhe, den 7. Januar 1902. Großh. Hofbauamt.

Bürgerliche Rechtsfreite. P. 569. Nr. 2259. Pforzheim. Ueber das Vermögen des Wirtshausbesitzer Karl Kohlhauer „zum wilden Mann“ in Pforzheim wird heute am 11. Januar 1902, Nachmittags 6 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet. Der Kaufmann Otto Hugentobler hier ist zum Konkursverwalter ernannt. Konkursforderungen sind bis zum 5. Februar 1902 bei dem Gerichte anzumelden. Es ist Termin anberaumt vor dem diesseitigen Gerichte, zur Beschlussfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretenden Falls über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände auf Mittwoch den 5. Februar 1902, Vormittags 9 Uhr. Und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf Mittwoch den 19. Februar 1902, Vormittags 9 1/2 Uhr. Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schulbig sind, ist aufgegeben, nichts

Druck und Verlag der G. Braun'schen Buchdruckerei in Karlsruhe.